

... um die Stimmen der Frauen

Materialien zum Wahlverhalten von Frauen sowie zur Parteienwerbung um Wählerinnen für den Geschichts- und Politikunterricht

Erstellt im Auftrag von
FRAUEN-POLITIK, Verein zur Förderung der Frauenpolitik in Niedersachsen

Autorinnen
Dr. Karin Ehrich, Hannover
Dr. Martina Käthner, Bremen

© FRAUEN-POLITIK, Verein zur Förderung der Frauenpolitik in Niedersachsen
c/o Heide v. Ritz-Lichtenow, Landkreis Osterholz,
Osterholzer Landstraße 23, 27711 Osterholz-Scharmbeck
und
Dr. Karin Ehrich, Hannover; email: Karin.Ehrich@t-online.de
Dr. Martina Käthner, Bremen; email: MKaethner@web.de
Alle Rechte vorbehalten.

Informationen für Lehrer und Lehrerinnen

„... um die Stimmen der Frauen“ – um die Parteienwerbung um Wählerinnen und das Wahlverhalten von Frauen (und Männern) geht es bei den vorliegenden Unterrichtsmaterialien, die im Auftrag des „Vereins zur Förderung der Frauenpolitik in Niedersachsen“ entwickelt wurden. Der Verein hat sich zum Ziel gesetzt, die politische Präsenz von Frauen und die Umsetzung politischer Konzepte und Maßnahmen der Gleichberechtigung zu fördern sowie weibliche Sichtweisen in Politik und Gesellschaft einzubringen (vgl. www.frauenpolitik-nds.de).

Frauen dürfen in Deutschland erst seit 1918/19, d.h. seit rd. 85 Jahren wählen. Vor dieser Zeit galt das so genannte Dreiklassenwahlrecht, das nur der männlichen deutschen Bevölkerung eine aktive und passive Teilnahme an Wahlen gestattete. Frauen war es sogar ausdrücklich verboten, politisch Einfluss zu nehmen. In vielen Ländern des Kaiserreichs galt zwischen 1850 und 1908 ein so genanntes Vereinsgesetz, das „Frauens-Personen, Geisteskranken, Schülern und Lehrlingen“ die Mitgliedschaft in politischen Vereinen untersagte.

Anfang der 1870er-Jahre forderte erstmals die Frauenrechtlerin Hedwig Dohm das Stimmrecht für Frauen in Deutschland. Doch erst Anfang des 20. Jahrhunderts setzten auf Seiten der bürgerlichen Frauenbewegung umfangreiche Kampagnen zur Durchsetzung der Forderung ein. Sie gingen vor allem vom „Deutschen Verband für das Frauenstimmrecht“ aus, der 1902 von der aus Verden an der Aller gebürtigen Juristin Anita Augspurg und anderen Frauen in Hamburg, wo es den frauendiskriminierenden Passus im Vereinsgesetz nicht gab, gegründet worden war. Ein Teilsieg war 1908 mit der Aufhebung des Vereinsverbots für Frauen erreicht. Die Stimmrechtsbewegung breitete sich aus; nun nahm auch die sozialistische Frauenbewegung die Forderung auf und verbreitete sie u.a. auf den Massenkundgebungen zu den Internationalen Frauentagen.

Bürgerliche und sozialistische Frauenbewegung wurden von Seiten der im Reichstag vertretenen Parteien vor allem von der SPD unterstützt. Sie hatte mit ihrem Vorsitzenden August Bebel bereits 1891 das Stimmrecht für Frauen in ihr Parteiprogramm aufgenommen, doch wiederholte Anträge im Reichstag, dasselbe einzuführen, waren stets am Widerstand der anderen Fraktionen gescheitert. Die eigentliche Geburtsstunde des Frauenwahlrechts war schließlich die Novemberrevolution von 1918, als die aus Sozialdemokraten bestehende provisorische Regierung, der „Rat der Volksbeauftragten“, das neue Wahlrecht im Reichsgesetzblatt (vom 12. November 1918) festschrieb: „Alle Wahlen ... sind ... nach dem gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahlrecht auf Grund des proportionalen Wahlsystems für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zu vollziehen.“ Damit war ein wesentliches Ziel der deutschen Frauenbewegung erreicht. Im Januar 1919 durften die Frauen bei der Wahl zur Verfassungsgebenden Nationalversammlung erstmals ihre Stimmen abgeben.

Die vorliegenden Unterrichtsmaterialien setzen an diesem Punkt der Entwicklungsgeschichte des Frauenwahlrechts ein. Sie beschäftigen sich mit dem Wahlverhalten von Frauen (und Männern) in der Weimarer Republik (Thema 1) und in der Bundesrepublik (Thema 4) sowie mit der speziell an Frauen gerichteten Wahlwerbung der Parteien (Thema 2, 3). Die Materialien sind für den Geschichts- und Politikunterricht ab Klasse 10 konzipiert. Sie bieten sich wahlweise als kompakte Einheit für einen historischen Längsschnitt oder als Einzelthemen für die Behandlung von politischen Entwicklungen in der Weimarer Republik und in der Bundesrepublik an.

Die Materialien werden ergänzt durch eine ausgewählte Linkliste zu websites über die Themen „Wahlen“ und „Wahlplakate“, bei denen allerdings bis auf eine Ausnahme eine geschlechterdifferenzierte Betrachtungsweise vernachlässigt ist.

Thema 1: Das Wahlverhalten in der Weimarer Republik

Nachdem der Rat der Volksbeauftragten in der Novemberrevolution 1918 das Frauenwahlrecht eingeführt hatte, wollten die Verantwortlichen in der Politik und den Parteien auch wissen, wie diese neue Wählergruppe bei den Wahlen abstimmte. Deshalb wurden bei den folgenden Reichstagswahlen in einigen Wahlbezirken so genannte Sonderzählungen durchgeführt und die Wählerstimmen von Männern und Frauen getrennt ausgezählt. Somit liegen uns heute für die Wahlen in der Weimarer Republik relativ genaue, territorial ausreichend breit gestreute und annähernd repräsentative Resultate über das Wahlverhalten von Männern und Frauen vor. Die Auswertungen dieser statistischen Erhebungen zeigen, dass sich Frauen im Durchschnitt mit rd. 10 Prozent weniger als Männer an den Wahlen beteiligten. Des weiteren geben sie Auskunft über die Stimmenanteile von Männern und Frauen für die einzelnen Parteien und über mögliche Unterschiede in den Wahlentscheidungen der Geschlechter.

Stimmabgabe (in Prozent) bei den Reichstagswahlen 1920 - 1930, nach Geschlecht (Sonderauszählungen)

Wahljahr		KPD	SPD	DDP	Z/BVP	DVP	DNVP	NSDAP
1920	m	2,4	25,4	7,0	20,0	13,0	4,4	-
	w	1,4	19,2	6,2	28,8	13,2	5,6	-
Mai 1924	m	18,9	22,0	4,3	11,0	7,7	8,4	13,5
	w	13,1	20,8	4,1	17,0	8,6	9,6	13,0
Dez. 1924	m	14,1	29,6	6,4	10,5	12,0	9,7	4,4
	w	9,6	26,7	6,2	15,1	13,8	11,5	3,8
1928	m	20,3	32,9	6,7	6,6	8,9	10,1	2,6
	w	15,5	31,5	6,7	10,2	9,8	13,3	1,8
1930	m	24,0	28,1	4,7	5,2	5,2	6,5	17,4
	w	18,1	28,0	4,6	8,3	6,5	9,1	15,3

Aus Jürgen Falter u.a.: Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, München 1986, S. 83 (für die Wahlen 1924 bis 1930). - Gabriele Bremme: Die politische Rolle der Frau in Deutschland. Eine Untersuchung über den Einfluss der Frauen bei Wahlen und ihre Teilnahme in Partei und Parlament. Göttingen 1956, S. 243 (für die Wahl 1920).

Abkürzungen: m: männlich; w: weiblich

KPD: Kommunistische Partei Deutschlands; SPD: Sozialdemokratische Partei Deutschlands; DDP: Deutsche Demokratische Partei; Z: Zentrumspartei; BVP: Bayerische Volkspartei; DVP: Deutsche Volkspartei; DNVP: Deutsch-Nationale Volkspartei; NSDAP: Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei.

Aufgaben

1. *Vergleichen Sie die Stimmenanteile der Frauen für die einzelnen Parteien mit denen der Männer. Fertigen Sie zur besseren Anschauung ein Säulendiagramm an.*
2. *Ermitteln Sie mit Hilfe des Geschichts- oder Politiklehrbuches, eines Lexikons oder des Internets, welchen politischen Spektren die aufgeführten Parteien angehörten.*
3. *Stellen Sie fest, welche politischen Spektren von den Frauen bevorzugt gewählt bzw. weniger gewählt wurden.*
4. *Überlegen Sie, warum Frauen gerade die Parteien stärker wählten, die das Frauenwahlrecht vor dessen Einführung vehement abgelehnt hatten.*

Thema 2: Wahlpropaganda in den 1950er-Jahren

In der neugegründeten Bundesrepublik Deutschland hielten die Frauen zunächst an ihrem traditionellen Wahlverhalten fest. Wie in der Weimarer Republik wählten sie stärker als die Männer die christlich-konservativen Parteien. Diese trugen wenig dazu bei, die Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen voranzutreiben. Die CDU, die von 1949 bis 1969 gemeinsam mit einigen kleinen Parteien die Bundesregierungen stellte, hielt am Leitbild der so genannten „Hausfrauen-Ehe“ fest. Danach wurde Frauen in der Gesellschaft vor allem die Rollen als Hausfrau und Mutter gewiesen.

Die CDU war auch immer sehr darauf bedacht, weiterhin von vielen Frauen gewählt zu werden. Vor den Wahlen sprach sie mit unterschiedlichen Werbemitteln gezielt bestimmte gesellschaftliche Gruppierungen an wie z. B. die so genannten Heimatvertriebenen oder die bäuerliche Bevölkerung. 1953 schrieb der damalige Bundesminister für Wirtschaft, Ludwig Erhard, auch einen Wahlbrief an Hausfrauen, der auf der nächsten Seite abgedruckt ist.

Aufgaben

1. *Lesen Sie den Wahlbrief Ludwig Erhards, gliedern Sie ihn in einzelne Abschnitte und formulieren Sie für jeden Abschnitt eine Überschrift.*
2. *Erörtern Sie Erhards Argumente, warum es für eine Hausfrau wichtig sei, die CDU zu wählen.*
3. *Erläutern und bewerten Sie das von Erhard benutzte Stilmittel, mit dem er sich an die Wählerinnen wendet.*

Wählerinnenbrief der CDU, 1953

Professor Dr. Ludwig Erhard
Bundesminister für Wirtschaft

Bonn, 1. September 1953

Liebe Hausfrau!

Sie wissen, was es heißt, Wirtschaftsminister zu sein. Keinem sind die Mühen und Sorgen des Wirtschaftens so vertraut wie gerade Ihnen. Als Wirtschaftsminister Ihrer Familie geht es Ihnen nicht viel anders als mir, dem Bundeswirtschaftsminister. Wir plagen uns ab, um mit unseren beschränkten Mitteln und Möglichkeiten den Kochtopf zu füllen, für Anschaffungen zu sorgen und den Haushalt in Ordnung zu halten, und müssen uns schließlich zum Dank dafür gelegentlich anhören, dass andere das mit spielender Leichtigkeit besser könnten.

Die Wirtschaftspolitik, für die ich nun seit über 5 Jahren verantwortlich bin, wird in diesen Wochen des Wahlkampfes auch heftig kritisiert. Man tut so – was Ihnen bekannt vorkommen dürfte – als hätten andere mit meinem Wirtschaftsgeld jeden Tag gebratene Gänse auf den Tisch stellen können.

Nun, welches Wirtschaftsgeld ich zur Verfügung hatte, als ich mein Amt antrat, ist Ihnen nicht unbekannt. Ebenso wissen Sie, dass in unserem volkswirtschaftlichen Großhaushalt ähnlich wie in Ihrer eigenen Küche kein „Kochtopf“ mehr heil war und dass es auch an allen anderen Gerätschaften für die Arbeit überall fehlte. Aber ich konnte nicht alles für den Verbrauch auf den Tisch setzen, was erarbeitet wurde. Wir mussten ungeheure Anschaffungen machen, um von Jahr zu Jahr mehr und Besseres erzeugen zu können.

Auch die Preise machten mir viel Kummer. Wie Sie Ihre Ware bei Ihrem Einzelhändler, so muss ich ja die Rohstoffe für meinen Wirtschaftstopf auf dem Weltmarkt einkaufen. Als der Krieg in Korea begann, blieb mir nichts anderes übrig, als immer tiefer in mein Wirtschaftsgeld zu greifen. Auch Sie haben gespürt, dass alles teurer wurde. Wir haben uns aber bemüht, Sie das so wenig wie irgend möglich spüren zu lassen. Glauben Sie mir, auch das war ein schweres Stück Arbeit. In jedem anderen Lande der Welt – auch und gerade dort, wo andere Parteien regieren – sind die Verbraucherpreise viel stärker gestiegen als bei uns.

Was wir nun in diesen 5 Jahren alle gemeinsam geschafft haben, wird im Ausland gern als „Wirtschaftswunder“ bezeichnet. Noch mehr müssten sich eigentlich die Gegner unserer sozialen Marktwirtschaft im eigenen Lande wundern. Doch wenn das eingetroffen wäre, was sie uns im Jahre 1949 prophezeiten, stünden wir auch heute noch in zerschlissenen Kleidern da und ernährten uns von Pellkartoffeln, wenn wir die überhaupt hätten. Aber gerade diese Pellkartoffel-Propheten behaupten jetzt, dass unser Wirtschaften eine miserable Leistung gewesen wäre. Ausgerechnet sie, die Anhänger der Bewirtschaftung, die uns mit ihren Spatzenportionen noch in trauriger Erinnerung ist und die unsere Schwestern und Brüder im Osten jetzt in schrecklicher Vollerfüllung erleben, wollen sich wieder zum Diktator über unseren und ihren Kochtopf machen.

In dieser Entscheidungsstunde rufe ich Sie, liebe Hausfrau, als mächtigste Verbündete der wirtschaftlichen Vernunft und unbestechliche Hüterin des Familienwohlstandes zum Bekenntnis gegen die leeren Worte und billigen Versprechungen falscher Propheten auf.

Denken Sie daran, wie mühselig der Aufbau war und dass der Weg, den wir vor uns haben, auch nicht leicht sein wird. Deutschland ist durchaus nicht auf „Wirtschaftswunder“ abonniert. Schnell ist der Brotkorb wieder leergemacht, der in 5 Jahren mit soviel Arbeit und Opfern gefüllt wurde.

Helfen Sie mit, diese Gefahr zu beseitigen, ehe es zu spät ist. Folgen Sie auch im Lärm des Wahlkampfes keiner anderen Stimme als der Ihres Gewissens als Wirtschaftsminister Ihrer Familie. Sie können ja nicht wie andere Minister einfach zurücktreten, wenn es schief geht. Sie müssen es in Ihrem eigenen kleinen Reich austragen und aushaken, wenn unüberlegt gewählt worden ist und die Wirtschaft dann falsch regiert wird.

Ihr Ludwig Erhard
(Faksimile-Unterschrift)

Thema 3: Analyse von Wahlplakaten für Frauen

Bei der Wahl zur verfassungsgebenden Nationalversammlung im Januar 1919 gaben die Frauen zum ersten Mal ihre Stimmen ab. Die Parteien erkannten schnell die Bedeutung von ca. 18 Millionen Wählerinnen. Sie versuchen seitdem bei jeder Wahl, mit speziellen Plakaten gezielt Wählerinnen anzusprechen und für sich zu gewinnen. Die auf der nächsten Seite abgebildeten Plakate zu Reichs- und Bundestagswahlen stellen eine kleine Auswahl dar.

Aufgaben in Partner- oder Gruppenarbeit

1. Sehen Sie sich die 9 Plakate genau an und beschreiben Sie die Plakate mit Hilfe der unten stehenden Tabelle.
2. Erarbeiten Sie anhand der Tabelle, mit welchen gesellschaftlichen Themen die Frauen auf den Plakaten angesprochen und welche Frauenbilder transportieren werden. Berücksichtigen Sie dabei auch, von welchen Parteien und in welchen Jahren die Plakate veröffentlicht wurden.
3. Besprechen Sie, ob man anhand dieser Plakatauswahl von einem Wandel des Frauenbildes bei den Parteien sprechen kann. Überlegen Sie, warum es diesen Wandel gab bzw. nicht gab.
4. Erörtern Sie, ob und warum Sie sich von einem Wahlplakat besonders angesprochen fühlen. Skizzieren Sie ein Wahlplakat, das Ihren Ansprüchen und Wünschen entspricht.

	Personen	Gegenstände	Text, Thema	Aufbau, Perspektive	Bild, Foto, Montage
Zentrum, 1928					
SPD, 1928					
KPD, 1932					
FDP, 1957					
CDU, 1961					
CDU, 1976					
SPD, 1976					
Grüne, 1998					
SPD, 2002					

Wahlplakate zu Reichstagswahlen



Zentrumspartei, 1928



SPD, 1928

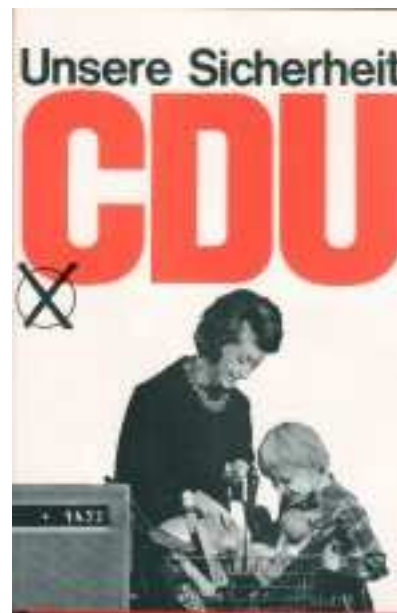


KPD, 1932

Wahlplakate zu Bundestagswahlen



FDP, 1957



CDU, 1961



CDU, 1976



SPD, 1976



Bündnis 90/Die Grünen, 1994



SPD, 2002

Thema 4: Die Stimmabgabe in der Bundesrepublik Deutschland.

Bei den Bundestagswahlen von 1953 bis 1990 und wieder ab 2002 wurde jeweils eine Repräsentative Wahlstatistik durchgeführt. Diese anonymen Stichprobe, die in einer festgelegten Anzahl von Wahlbezirken erhoben wird, liefert Daten zum Wahlverhalten der Bevölkerung – also zur Wahlbeteiligung und der Gruppe der Nichtwähler/innen sowie zur Stimmabgabe –, die zudem nach Altersgruppen und Geschlecht differenziert werden können. Seit 1972, als das Wahlalter von 21 auf 18 Jahre herabgesetzt wurde, wird die Stimmabgabe nach Geschlecht (männlich/weiblich) sowie nach fünf Altersgruppen ermittelt. In der folgenden Tabelle ist ein Auszug der Repräsentativen Wahlstatistik für die Bundestagswahlen von 1972 und 2002 zusammengestellt.

Stimmabgabe (in Prozent) bei den Bundestagswahlen 1972 und 2002, nach Alter und Geschlecht (Zweitstimmen)

	Wahljahr	Wähler im Alter von ... bis ... Jahre											
		18 - 25		25 - 35		35 - 45		45 - 60		60 u. älter		Insg.	
		m	w	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w
SPD	1972	54,3	55,0	48,1	47,5	48,4	47,3	45,0	43,6	42,5	42,0	46,9	45,7
	2002	34,9	41,3	34,4	39,9	37,5	41,1	37,6	40,0	37,0	39,7	36,7	40,2
CDU	1972	26,1	26,9	31,6	32,9	32,3	34,2	35,2	37,9	39,6	41,6	33,8	36,3
	2002	24,8	22,3	26,5	23,5	26,5	23,9	29,6	28,3	36,5	35,7	30,1	28,9
CSU	1972	8,7	9,0	8,9	9,0	9,2	9,6	9,2	10,0	9,7	10,1	9,2	9,7
	2002	8,5	8,4	9,0	8,7	8,8	7,9	8,6	8,5	9,9	9,9	9,1	8,9
FDP	1972	9,6	8,5	10,5	10,1	8,9	8,3	8,9	7,7	6,7	5,7	8,8	7,7
	2002	11,5	8,9	11,0	8,5	7,8	6,5	7,7	7,1	6,3	5,4	8,1	6,7
B90/ Grüne	1972	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	2002	10,9	11,4	11,3	12,6	11,7	13,5	8,4	9,3	3,4	4,1	8,2	8,9
PDS	1972	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	2002	4,0	3,4	3,4	3,1	3,9	3,8	5,0	4,4	4,5	3,5	4,3	3,7

Aus Statistisches Bundesamt, Bundestagswahl 2002, Heft 4.

Aufgaben

1. Bis Ende der 1960er-Jahre wählten prozentual weit mehr Frauen als Männer die christlich-konservativen Parteien. Vergleichen Sie vor dem Hintergrund dieser Aussage die Stimmabgaben von Männern und Frauen insgesamt (rechte Spalte) bei den Bundestagswahlen von 1972 und 2002. Zur besseren Anschauung können Sie ein Säulendiagramm erstellen.
2. Ermitteln Sie, welche gesellschaftlichen Entwicklungen für das veränderte Wahlverhalten verantwortlich sein könnten. Befragen Sie dazu auch Ihre Eltern und Großeltern und schreiben Sie Ihre Ergebnisse für die Diskussion in der Klasse bzw. im Kurs stichwortartig auf.
3. Analysieren Sie die Stimmabgaben der 18-24-jährigen Wähler und Wählerinnen bei den Bundestagswahlen 1972 und 2002. Schreiben Sie darüber einen kurzen Bericht, der z.B. in der Schülerzeitung veröffentlicht werden könnte.
4. Stellen Sie sich vor, Sie wären Wahlkampfmanager einer Partei. Überlegen Sie, welche Auswirkungen die Ergebnisse der Statistik auf die Wahlkampfstrategie der einzelnen Parteien haben könnten.
5. Führen Sie in Ihrer Klasse oder in Ihrem Jahrgang die so genannte Sonntagsfrage durch: „Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre“. Verwenden Sie für die Stimmabgabe von Männern und Frauen farblich verschiedene Wahlzettel. Werten Sie Ihre Wahl differenziert nach Geschlechtern aus und vergleichen Sie diese mit der Statistik für die Bundestagswahl 2002. Diskutieren Sie die Ergebnisse anschließend in der Klasse/Gruppe.

Ausgewählte weiterführende Links

Anmerkung: Auf den nachfolgend aufgeführten Websites sind bis auf eine Ausnahme keine Hinweise auf eine dezidiert geschlechterdifferenzierte Betrachtung des Themas „Wahlen und Wahlplakate“ finden.

www.bpb.de/methodik/W57CAA,,0,Plakate_der_vergangenen_50_Jahre.html

Im Rahmen des Projekts „Forschen mit GrafStat – Wahlanalyse und Wahlprognose“ unter Leitung von Dr. Wolfgang Sander, Universität Münster, erstellte Sammlung der Bundeszentrale für politische Bildung zu den Bundestagswahlen 1949 bis 2002.

<http://Wahlthemen.de/wahlthemen/themenwahl/themen/geschichte>

Website der Bundeszentrale für politische Bildung und zahlreicher Kooperationspartner mit einer großen Plakatsammlung zu den Bundestagswahlen 1949 bis 2002, Kino- und Werbespots aus 50 Jahren Wahlkampf in Deutschland sowie zahlreichen ergänzenden Informationen rund um das Thema Wahlen.

www.uni-muenster.de/GrafStatProjekte/Europa/03/03_07.htm

Website des Projekts „Forschen mit GrafStat – Wahlanalyse und Wahlprognose“ unter Leitung von Dr. Wolfgang Sander, Universität Münster, mit Wahlplakaten, einer Anleitung zur Plakatanalyse, Ergebnissen zu den Europawahlen und Anmerkungen zum Thema „Nichtwähler“.

www.fortunecity.de/lindenpark/caesarenstrasse/69/plakate/.html

Kommentierte Sammlung politischer Plakate in Deutschland für das 20. Jahrhundert mit einem Hyperlink „Wahlen in der Weimarer Republik“.

www.gym-rinteln.de/50jahre/unterhaltung/plakate.html

Plakate zu den Bundestagswahlen 1949 bis 1998. Das Gymnasium Ernestinum in Rinteln gewann mit der Website den „Road Ahead Prize 2000“ zum Thema „50 Jahre Bundesrepublik Deutschland“. Neben Plakaten und den Ergebnissen der Bundestagswahlen sind dort u.a. Tondokumente sowie ein Quiz zur Geschichte zu finden.

www.lsg.musin.de/Geschichte/isb/Plakatanalyse/htm

Geschichtsseiten des Städtischen Louise-SchroederGymnasiums München (LSG) mit Materialien für den Unterricht. Es werden Unterrichtseinheiten zur „Geschichte der BRD in Wahlplakaten“, „Wahlplakate der Weimarer Republik“ sowie zu „Wahlergebnissen der Weimarer Republik“ vorgestellt. Zum Thema „Plakatanalyse“ gibt es vielfältige Anmerkungen: Einsatz in den verschiedenen Schulstufen, Unterrichts- und technische Voraussetzungen, Methodik, Unterrichtsablauf, Erweiterungen (z.B. Einbeziehung des Kunstunterrichts) sowie schließlich die Materialien wie Plakate zu den Reichstagswahlen 1919 bis 1933 und Texte zur Parteienlandschaft. Hervorzuheben ist, dass auf dieser Website speziell einige Plakate zum Frauenwahlrecht zu finden sind.

www.bbs1-lueneburg.de

Auf der Website der berufsbildenden Schule für Wirtschaft und Verwaltung finden sich unter Service/Infos für Schüler/Schülerhilfen/Politikunterricht Internet-Adressen für das Fach Politik, u.a. zum Thema „Wahlen und Parlament“.

www.ikg.rt.bw.schule.de/wahlen98/plakate.html

Kommentierte Sammlung von Wahlplakate aus den Jahren 1946 bis 1987.

www.dra.de/franfrt.htm

Das Deutsche Rundfunkarchiv Frankfurt/Main hat einige Audio-CDs mit historischen Tonaufnahmen zusammengestellt (Beispiele sind übers Internet zu hören, Preis der einzelnen CD: 5 Euro). Zum Thema „Frauen und Wahlen“ kommen Ausschnitte aus folgenden CDs der Reihe „Stimmen des 20. Jahrhunderts“ in Frage

CD Nr. 9: Frauenstimmen 1908 – 1997.

Zu hören sind u.a. Reden-Ausschnitte der Reichstagsabgeordneten Marie Juchacz (SPD), der Oberbürgermeisterin von Berlin (West) Louise Schroeder (SPD), einer der „Mütter des Grundgesetzes“ Elisabeth Selbert, der ersten Ministerin in der Bundesrepublik Elisabeth Schwarzhaupt (CDU), der Bildungspolitikerin Hildegard Hamm-Brücher (FDP), der Bundestagspräsidentinnen Annemarie Renger (SPD) und Rita Süßmuth (CDU).

CD Nr. 21: Weimar – Das Scheitern einer Demokratie. Tonaufnahmen von 1918-32.

Darauf u.a. Reden der Reichstagsabgeordneten Toni Sender (SPD) zur Reichstagswahl 1928 und der Alterspräsidentin Clara Zetkin (KPD) 1932.

CD Nr. 31: Der Klang der zwanziger Jahre. Reden, Rezitationen, Reportagen 1920-1930

Darauf u.a. Reden zu den Reichstagswahlen 1928 von Martha Arendsee (KPD), Marie Arning (SPD), Gertrud Bäumer (DDP) Annagrete Lehrmann (DNVP)